

Horst Müller

Die neoliberale Globalisierung und Ideen für eine neue Ökonomik - Kurzfassung -

Flassbeck und Steinhardt: Standing an der Systemgrenze

Das Werk „Gescheiterte Globalisierung“ (Flassbeck 2018a) ist der gegenwärtig vielleicht ambitionierteste Versuch, eine gegenüber dem neoliberalen Paradigma nach links abweichende „neue Ökonomik“ und „rationale Wirtschaftspolitik“ zu entwickeln.

Diese geht auch über einen Keynesianismus hinaus, um letztlich das „marktwirtschaftlich-kapitalistische System“ vor dem neoliberalen Furor zu retten, als dynamisches System zu stabilisieren und „Wachstum“ und „Wohlstand“ zu sichern.

Die Vorschläge rütteln allerdings mehr an den Systemgrenzen als beabsichtigt. In dieser Grenzregion möchte ich Marx ins Spiel bringen, transformationstheoretisch weiter denken und die Frage nach einer Systemalternative erneuern (vgl. Müller 2015: 460 ff. u. 477 ff.).

Auch Marx betonte den dynamischen Charakter und „great civilizing influence“ (MEW 42: 445 ff., 322 f.) des Kapitals, sah aber in dem darin verankerten Wachstumszwang das sprengende und zu einem zivilisatorisch höher gelegenen Terrain treibende Moment.

Systemmanagement und gesellschaftliche Zukunft

Die Generalthese lautet, dass es nach der „säkularen Machtverschiebung zugunsten der Unternehmen“ einer neuen „Aufgabenteilung von Markt und Staat“ bedarf. Der Staat soll die Funktion des „Systemoperators“ übernehmen und ein „Primat der Politik“ und des „Gemeinwohls“ gelten.

So verläuft sich das „rationalere“ Management der sozial-kapitalistischen Marktwirtschaft in eine Wachstums- und Konsumgesellschaft mit gewissen sozialen Garantien. Verlangt eine zukunftsfähige Gesellschaftlichkeit nicht mehr, etwa eine Umwälzung des „Alltagslebens in der modernen Welt“ (Lefebvre 1972) oder auch radikale demokratische und ökologische Neuerungen?

Nationalstaat und fiskalische Souveränität

Die maßgebliche Organisationsform moderner Gesellschaftlichkeit erkennen die Autoren im souveränen demokratischen Nationalstaat. Damit werden die Konfundierungen von Nationalstaatlichkeit mit Autarkismus und Nationalismus zurückgewiesen (Wahl 2017). Tatsächlich ist hier auch die Grundlage für eine in jeder Weise gestaltbare zwischenstaatliche Zusammenarbeit und selbstsichere Weltoffenheit zu suchen.

Nun geht es noch um die Erringung „fiskalischer Souveränität“. Finanzdienstleistungen gehören öffentlich-rechtlich organisiert und der Finanzsektor muss „extrem restriktiv“ reguliert werden. Die typisch finanzkapitalistische Trennung von Staat und Zentralbank gehört aufgehoben, so dass auch eine unbegrenzte staatliche „Geldschöpfung“

möglich ist. Damit kommt freilich eine nicht unproblematische Geldtheorie und Fiskalpolitik ins Spiel.

Schuldenprobleme und staatliche Geldschöpfung

Geldtheoretische Untersuchungen der Autoren führen zu dem Schluss, Geld sei kein „knappes Gut“ im Zusammenhang marktwirtschaftlicher Mechanismen, sondern vor allem ein „wirtschaftspolitisches Steuerungsmittel“ zur „Aktivierung“ ökonomischer „Ressourcen“.

So gesehen ist das profitorientierte Bankensystem problematisch und die staatliche Geldschöpfung „aus dem Nichts“ wird erlaubt: „Ein Staat mit einer souveränen Währung braucht zur Finanzierung seiner Ausgaben keine Steuereinnahmen“. Es gelte folgerichtig „alle Schuldenbremsen“ zu lösen und mit der neoliberalen Austeritätspolitik Schluss zu machen.

Gibt es keinen Haken? Mit Marx würde man sich vergewissern, dass Geld oder Preise Ausdruck von objektiv-real impliziertem „Wert“ sind. Ohne solches könnte die neue Geldmacht nur wie an einer Blackbox voller objektiv-realer Wert- und Reproduktionsverhältnisse laborieren.

Es mag beispielsweise sein, dass die Geldschöpfung, wie sie die EZB am Rande des Nervenzusammenbruchs praktiziert, letztlich nur einen nächsten Kollaps vorbereitet. Wer weiß? Fiatgeld erscheint aber doch als allzu probate Lösung des Geldrätsels. Und angesichts der Haushalts- und Finanzlage vieler Staaten mutet es halsbrecherisch an, „Staatschulden“ seien „absolut kein Problem“.

Dennoch könnte durch die Refinanzierung über die staatseigene Notenbank mit der Abhängigkeit vom spekulationsträchtigen, zinsgierigen Finanzmarkt Schluss gemacht werden: Der Versuch eines Befreiungsschlages des „verschuldeten Steuerstaats“ (Goldscheid 1976; Schumpeter 1976) oder aus der „Finanzkrise des Staates“ (O'Connor 1974).

Es stellt sich die Herausforderung, das Geschehen tiefergehend zu analysieren und neue Lösungen zu suchen.

Strukturierung und Latenz moderner Gesellschaften

Es zeichnet sich eine dreigliedrige Struktur des modernen Wirtschaftslebens ab: Es gibt die markt- und kapitalwirtschaftlich geprägte Industriewirtschaft, die Sphäre einer so genannten „Daseinsvorsorge“ und den Steuer-, Rechts- und Sozialstaat als „Systemoperator“. Die enorme „Staatsquote“ belegt den Zusammenhang.

Von diesem „Sozialkapitalismus“ (Müller 2015: 434 ff.) konnte Marx nichts wissen, und die traditionelle Kapital-, Formations- und Krisentheorie lehnt diesen Begriff ab. Noch einen Schritt weiter, mit der Ausprägung des „Weltmarkts“, sah Marx einen „Übergang“ eingeleitet. Es würden sich höhere Verhältnisse „im Schoß“ (MEW 42: 203) des Bestehenden kristallisieren.

Dass das bestehende „System“ gesellschaftlicher Reproduktion und Praxis bereits eine latent mitprozessierende Alternative enthalten könnte, sprengt *alle* gängigen wirtschaftstheoretischen Paradigmen und liegt hier auch außerhalb des Gesichtskreises. Aber für die sozusagen obere Ebene des Geschehens entwickeln die Autoren positive, progressive Ansätze.

Steuerungsversuche für ein dynamisches Wachstum

Der wirtschafts- und finanzpolitisch ermächtigte Sozialstaat soll und kann für Vollbeschäftigung sorgen, die Masseneinkommen der Bevölkerung stärken, die Nachfrage durch Investitionsförderung stimulieren oder auch funktionslose Gewinne abschöpfen. Kurz: Ein rigoroses Arbeitsbeschaffungs- und Wachstumsprogramm.

Es heißt, es sei ein „unbestreitbarer“ Zusammenhang, dass sich die erwünschte Dynamik bei konsequenter Befolgung der „goldenen Lohnregel“ einstellen würde. Kann diese Faustregel angesichts der offenkundig immer akuten Lohnkämpfe, Existenzprobleme oder fast verzweifelten Suche nach Wachstumsimpulsen überzeugen?

Dass zu alldem von weiter links seit gut 100 Jahren, ebenso in neuerer Zeit von den Alternativdenkern, kein effektives und vertrauenswürdigeres anderes Wirtschaftsmodell vorgelegt wurde, entschuldigt nicht die vorliegende relative Unbekümmertheit der Wachstumsorientierung.

Arbeit und Kapital und keine Alternative?

Die Autoren sind überzeugt, dass sich das Verhältnis von Arbeit und Kapital auf diese Weise „vernünftig“ regulieren lässt. Die aus systemkritischer Sicht entfremdete (MEW 42: 721-723), gespaltene, ewig problematische gesellschaftliche Existenzweise wird als „starke Asymmetrie“ charakterisiert, die durch aktive Lohnpolitik, ein „ausreichend starkes soziales Netz“ und öffentliche „Daseinsvorsorge“ balanciert werden könne.

Auch die „Ungleichheit“ soll bekämpft werden, aber nicht „systemverändernd“, so dass die Gesellschaft „in den Grundfesten erschüttert“ würde. Es geht um teils erfreulich rigide Maßnahmen wie Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuern, Unternehmenssteuern und Managergehälter, um die Höhe von Löhnen, Gehältern und Renten.

Die schier unaufhaltsame „Ungleichheitsspirale“ (Piketty 2014), ist natürlich mit dem schon genannten Akkumulations- und Wachstumszwang verkoppelt. Und da es in Vermögensfragen keine Transparenz gibt, steht der „raschen und durchgreifenden Lösung des Problems“ einiges entgegen.

Die Option für das markt- und kapitalwirtschaftliche System ist insoweit verständlich, als sich die „Sozialreform“ als die Art und Weise erwiesen hat, in der sich der Widerspruch von Kapital und Arbeit bisher bewegte. Die Frage „Reform oder Revolution?“ wird jetzt allerdings durch die Idee einer neuen „Great Transformation“ (Polanyi 1997) unterlaufen. Man sollte also bei allen kurativen Maßnahmen auch immer noch wissen *wollen*, ob es nicht doch anders geht.

Fortschritt und soziale Sicherheit

Letztere Inspiration fehlt hier, aber richtig ist: Es geht auch unmittelbar schon um Leben und Überleben, und damit um die im Bestehenden permanente Drohung von Prekarisierung, von Arbeits- und Fürsorgelosigkeit sowie um die immer fragliche Rente und Gesundheitsversorgung: Jene kapitalwirtschaftliche Verwertungsmotorik und ökonomisch-technologische Aufrüstung wälzt auch das Soziale ständig um.

Dass niemand Angst vor solchem „Fortschritt“ haben muss, heute insbesondere mit Blick auf die Digitalisierung und Globalisierung, wird eher schlecht als recht auszumalen versucht. Für die Aufklärungsarbeit in der Rentenfrage muss man den Autoren wiederum sehr dankbar sein: Die Versorgung von Nichtarbeitenden muss *immer* aus dem gegenwärtig Erwirtschafteten geschöpft werden. Also besser ein Umlageverfahren zwischen den lebenden Generationen, als finanzialistische Abwege über Versicherungs- und Finanzkonzerne.

Kapitalismus und Fragen der Ökologie

Das Plädoyer der Autoren für eine satte „dynamische Entwicklung“ ist verknüpft mit der Erwartung, dass sich auch die damit verknüpften ökologischen Probleme „grundsätzlich“ lösen ließen. Da es durch die Veränderung von „Bedürfnissen und Präferenzen“ allein zu keinen Lösungen im allgemeinen und langfristigen Interesse kommen kann, „muss der Staat eingreifen“ und, ganz richtig, gegebenenfalls „alle zwingen“.

Vielleicht fährt man aber auch elektromobil nur weiter aufwärts in der Wachstums- spirale, bis sich das Ganze zum zivilisatorischen und planetarischen Desaster auswächst: Marx analysierte, dass das losgelassene „Kapital“ dahin tendiert, „die Erde und den Arbeiter“ - das meint die Menschheit - zu „ruinieren“. Daher reklamiert die Vernunft heute, wo sie noch zu Wort kommt: „Green Capitalism – The God that failed“ (Smith 2016) und es ertönt der Ruf nach einer „radialen Wende“ (Maxton 2018).

Infrastrukturen als sozialwirtschaftliche Dienste

Nach den Erörterungen zum Sozialstaat und zur Waren- bzw. Kapitalwirtschaft geht es jetzt um das dritte Strukturelement: Die Autoren plädieren für eine ordentliche „Daseinsvorsorge“ und der Staat wird aufgerufen, den „skandalösen Verfall unserer Infrastruktur“ zu stoppen und diese auszubauen.

Man denkt an Sozial- oder „Staatsverbrauch“, aber die gewohnten Begriffe täuschen: Die öffentlichen, sozial-infrastrukturellen und kulturellen Dienste sind eine „spezifische gesellschaftliche Form“ (MEW 42: 741): Als „sozialwirtschaftlichen Dienste“ (Müller 2015: 444 ff.) produzieren sie keine Warendinge, sondern allgemeine Grundlagen der sozial-ökonomischen Existenz und Fortentwicklung und stellen eine positive Wertschöpfung dar.

Damit hat sich über die industriekapitalistischen „Reproduktionsschemata“ hinaus eine neue, im Verhältnis zur Warenwirtschaft komplementäre Wirtschaftsabteilung herausgebildet. Van Laak spricht gar von einer „infrastrukturisierten Hochmoderne“ (2018: 276). Diese „öffentlichen“ Dienste erscheinen sogar als die eigentlich expansionsbedürftige, ausdehnungsfähige und emanzipative ökonomische Kategorie.

An dieser Stelle errichten die Autoren eine Haltelinie für den neoliberalen Durchmarsch und gehen noch einen Schritt weiter: Es soll das breite Spektrum jener Daseinsvorsorge und die Infrastrukturen „zukünftig ganz überwiegend und unmittelbar von öffentlich-rechtlichen Organisationen übernommen werden“, die „nicht nach dem Profitprinzip gesteuert werden dürfen“. Die „Privatisierung“ des Öffentlichen wird als „Irrweg“ markiert.

Damit beziehen die Autoren auf dem „Schlachtfeld Öffentliche Daseinsvorsorge“ (Steinhardt 2017) wegweisend Stellung. Damit rütteln sie aber eigentlich, mehr als sie sehen, an den Systemgrenzen: Unter einem Primat der Politik und in öffentlich-rechtlicher Verfassung würde die Konstitution der sozialwirtschaftlichen Dienste als komplementäre Wirtschaftsabteilung durchschlagen und es zeichnete sich eine alternative sozioökonomische Gesamtkonstellation ab.

Zur Bedeutung der kommunalen Ebene

Wenn man sich der „unsinnigen Schuldenbremsen“ entledigt, wären die Kommunen mit „qualifiziertem Personal“ und „finanziell so auszustatten, dass sie die aufgelaufenen Investitionsrückstände in Höhe von ca. 120 Milliarden ... möglichst rasch abarbeiten können.“ In der Tat müsste die kommunale Selbstverwaltung gestärkt werden: Als ein ganz besonderer „sozialwirtschaftlicher Dienst“ (Müller 2015: 444 ff.).

Hier im unmittelbaren Lebensraum der Menschen manifestiert sich die Bedeutung des Infrastrukturellen am direktesten: Es materialisieren und massieren sich die Probleme unter der Hegemonie der Kapitalwirtschaft, wie die Versorgung im Nahverkehr und das Wohnungsproblem.

Die notwendige Wert-und Reproduktionsanalytik

Die Lösung der Probleme hängt anscheinend an dem großen Versprechen, dass eine ökonomisch-politisch ermächtigte staatliche Institutionalität durchgreifen kann. In dieser Perspektive sehe ich das Grundproblem darin, dass die „neue Ökonomik“ keine definitiv *werttheoretisch* basierte Analytik der sozialkapitalistischen Reproduktionszusammenhänge ermöglicht.

Marx' makroökonomisches Reproduktionskonzept, das von Quesnays Tableau Economique inspiriert wurde (vgl. Brief an Engels v. 6. Juli 1863) ist ein Ansatz, um letztlich auch „das ein(zu)fangen, was wir wirtschaftliche Dynamik nennen“ und in die heftig widersprüchliche Spirale der ökonomischen und zivilisatorischen Entwicklung (MEW 42: 322-324) führte.

Gut 150 Jahre nach Marx gilt es, für die veränderte sozialkapitalistische Reproduktionsformierung eine analoge und jetzt transformationstheoretisch voll ausgreifende Analytik zu veranschlagen. Da diese traditionell marxistisch nicht geleistet wird, ist die Distanz oder Abwendung der Autoren in bestimmter Hinsicht sogar verständlich.

Sie könnten dabei mit ihren Mitteln auch deshalb nicht weiter kommen, weil sie das „Smith'sche Dogma“ (MEW 26.1: 69 ff.)¹ fortschleppen, einen „ganz ungeheuerlichen Irrtum“ (MEGA²II/4.1, 172 ff.), der in der modernen volkswirtschaftlichen Theorie weiterlebt.² Der gesamtwirtschaftliche Prozess mit seinen verschlungenen sachlich-wertlichen Bewegungen gleicht so einer Blackbox, auf die in instrumenteller Manier zugegriffen wird.

¹ Das Dogma lautet, kurz gesagt, dass sich die Wertschöpfung einer Periode in Einkommensgrößen darstellen lässt. Es ist falsch, insofern dabei von der gleichzeitigen Erneuerung des Kapitalstocks bzw. der Reproduktion des konstanten Kapitals abgesehen wird.

² „Die Kreislaufstatistiker lassen das konstante Kapital weg, weil es in der Stufenfolge der Gesamtwirtschaft verrechnet werden könnte“ (Fiehler 2000: 204). Dadurch scheint sich der produzierte Gesamtwert fälschlich in Einkommen aufzulösen (Krüger 2010: 230 ff.).

Bisher musste der „Irrtum“ nicht unbedingt auffallen. Aber in dem Moment, in dem die „sozialwirtschaftlichen Dienste“ zu einer Wirtschaftsabteilung ausgewachsen sind, können diese aufgrund der gegebenen Proportionen unmöglich aus einem Finanztransfer finanziert werden, der sich ganz überwiegend aus „Einkommen“ speist: Die nötigen investiven Kapitalien können nur aus einer direkten Besteuerung des „konstanten Kapitals“ in der Abteilung geschöpft werden, in der es real produziert wird (Müller 2018).

Dafür spricht, dass die Mittel der Kapital(transfers)steuer³ als Nachfrage zu den Besteueren zurückfließen und so den inländischen Wirtschaftszusammenhang im Verhältnis zum Weltmarkt verstärken und umstimmen. Leider distanzieren sich die Autoren von dieser Gedankenrichtung mit einer einzigen Nebenbemerkung: „Besonders absurd ist es, jetzt wieder nach einer Maschinensteuer zu rufen, wie das manche auf der Linken für opportun halten“: Dafür wurden bisher auch keine entsprechenden Argumente vorgelegt und nicht die nötigen Konsequenzen gezogen.

Staatsschulden, Fiatgeld und Kapitalsteuern

Wenn der Staat die notwendigen sozial-infrastrukturellen Ausstattungen gewährleisten will, obwohl das Steuersystem das nicht hergeben kann, wird er zur Verschuldung, zu Privatisierungen und zur Austeritätspolitik getrieben: Die „Schwarze Null“ im Haushaltsplan, die auch die Autoren zu Recht geißeln, markiert insofern auch ein Versagen der Wirtschaftslehre.

In der Tat sind „die alten Vorstellungen von der Konsolidierung der Staatsfinanzen“ eigentlich „hinfällig“. Nur kann man das in der bestehenden Reproduktionsordnung versteckte Problem nicht einfach durch eine „neue Geldordnung“ aufheben. Die grundsätzliche Lösung wäre das volkswirtschaftlich proportionierte System von Kapital(transfers)- und Einkommensteuern: Eine „echte Fiskalrevolution“ (Müller 2015: 479 ff.), die über sozialdemokratisch-keynesianische Vorstellungen hinausgeht.

Das wäre nicht nur eine Umverteilung. Es berührt vielmehr die Macht-, Eigentums- und Sozialverhältnisse, bringt die volkswirtschaftlichen Proportionen in Bewegung, fordert eine veränderte Betriebs- und Wirtschaftsverfassung heraus und stellt eine tendenzielle Einhegung des Akkumulations- und Wachstumszwangs in Aussicht (Müller 2015: 477 ff., 484, 508).

Binnenwirtschaft und Exportorientierung

Die systemkritische Analyse besagt, dass die mit guten Gründen beklagten, unverhältnismäßigen Exportüberschüsse Deutschlands, wie überhaupt die exponentielle neoliberale Globalisierung, im Grunde eine Konsequenz des Akkumulations- und Wachstumstriebes ist, der in ökonomische Expansion, insbesondere in Auslandsinvestitionen, wenn nicht in militärische Aufrüstung umschlägt.

Binnenwirtschaftlich gibt es derweil auch deshalb „keinen Anreiz, neue Kapazitäten aufzubauen“, weil infolge der kapitalwirtschaftlichen Überproduktion die Märkte bereits gehörig mit extraktivistischem, überflüssigen und schadenstiftendem Konsummüll

³ Piketty spricht von einer „progressiven Kapitalsteuer“ wozu er auch „Abgaben auf den Wert des Kapitalstocks“ oder auf „Betriebskapital“ versteht (Piketty 2014: 627, 663, 700).

überfüllt sind: Das *System* ist in Schieflage, so oder so stellt sich also doch die Frage einer Transformation.

Europäische Probleme und Perspektiven

Der mit der „neuen Ökonomik“ vorgeschlagene Spurwechsel schlägt sich auch in europäischen Fragen nieder: Die Länder der Eurozone haben ihre Währungssouveränität als Voraussetzung für die Bewältigung eigener Problemlagen aufgegeben, Deutschland hat sich nicht an die „goldene Lohnregel“ gehalten, und die von der „Eurogruppe unter deutscher Führung“ und unter dem liberalistischen Regiment, von der „Staatschuldenthypothese“ gestützte „Austeritätspolitik“ „war von Anfang an Gift“.

So wie jetzt hat das Ganze voraussichtlich keinen Bestand und ein „wirtschaftsliberaler Eurosuprastaat“ wäre tatsächlich die Katastrophe. Was wäre die Alternative? In einem Sonderheft zur kontroversen Europadebatte „Ach Europa!“ (Flassbeck 2018b) werden konkretere Vorschläge für einen anderen Entwicklungspfad unterbreitet:

Die Grundorientierung bleibt die „Entwicklung eines solidarischen und gemeinwohlorientierten Europa“, aber als eine Kooperative bzw. ein „System unterschiedlicher Volkswirtschaften“. Dabei darf auch ein „Euro-Ausstieg“ kein Tabu sein: Dieses Konzept hat mit „Nationalismus“ nichts zu tun, ich möchte die Argumente dafür noch verstärken:

Die Zukunftsperspektive liegt in der Entfaltung und Gestaltung der, aufgrund der Natur der sozialwirtschaftlichen Dienste, primären Selbstbezüglichkeit der Reproduktion einer Wirtschafts-, Rechts-, Staats-, Sozial- und Kulturgemeinschaft. Nicht aber etwa in einem gesellschaftlich abgehobenen, liberalistisch arrondierten europäischen Kontinentalverband.

Die Nationalstaaten und der globale Kapitalismus

Alle Nationalstaaten finden sich heute eingebettet in weltumspannende kapitalwirtschaftliche Verflechtungen und Strukturen. Da gibt es keine „Insel der Seligen“. Daher sollte jedes Land „seine Ansprüche genau an die eigene Produktivität anpassen“ - eine kryptische Formel. Die Wechselkurse sollten gemeinsam festgelegt möglichst konstant gehalten werden, alle sollten sich um „fairen Interessenausgleich“ bemühen und bei „strukturellen Defiziten“ von Schwächeren auch Hilfe zur Entwicklung leisten.

Der Optimismus der Autoren bezüglich der Möglichkeiten vernünftiger „internationaler Koordination“ und fairer Regularien, um schließlich den „Wohlstand aller Nationen“ zu optimieren“, kontrastiert freilich den Zeichen der Zeit, darunter Handelsstreitigkeiten und Wachstumsschwächen, Ungleichheit und Armut, Klimawandel und geopolitische Spannungen. Anzeichen einer Systemkrise und einer Übergangssituation (Wallerstein 2002: 43 ff.)?

Die historische Dimension und Zukunftsfragen

Das Werk „Gescheiterte Globalisierung“ dringt vehement ein in die Problematik und in wissenschaftliche Erkenntnisfragen unserer gegenwärtigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Situation, lässt aber eine eigentliche historische Reflexionsdimension vermissen.

Es heißt, „dass sich fast alle Länder dieser Welt für offene Güter- und Kapitalmärkte entschieden haben“. Hätten sie die Entwicklungen - vom Kolonialismus und jenem „Imperialismus“, der leider nicht, wie Lenin meinte, das höchste und letzte „Stadium des Kapitalismus“ war, bis hin zur gegenwärtigen, komplexen Problematik der neoliberalen Globalisierung - mit reflektiert, wäre das Lichtbild einer wohltemperierten Marktwirtschaft oder der Zukunftsaussichten des „demokratischen Kapitalismus“ (Streeck 2013) etwas getrübt.

Marx antizipierte, dass im Stadium des „Weltmarkts“ „zugleich alle Widersprüche“ akut werden (MEW 42: 154) und eine Periode des gesellschaftsgeschichtlichen „Übergangs“ eröffnet ist. Nicht enden wollende Problem- und Krisendebatten führen dann aber kaum weiter. Ich habe argumentiert, und sehe darin den entscheidenden Aspekt, dass sich, jetzt noch mehr oder weniger untergründig, eine Systemalternative kristallisiert und sich dadurch die Möglichkeit und Tragfähigkeit einer konsequenten Entwicklungs- und Emanzipationsstrategie (Müller 2015: 406 ff.) abzeichnet.

Die Autoren bewegen sich dagegen ganz auf ihrer Argumentationsebene und eröffnen dort einen radikalreformerischen Horizont. Dabei stoßen sich entschieden ab vom herrschenden Mainstream und rütteln mit einigen ihrer unorthodoxen, weit reichenden Vorschläge für eine andere Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik im Grunde an den Systemgrenzen. Ob und wie darüber hinaus zu kommen sei, ist aus meiner Sicht eine unabweisbare, höchst dringliche Frage.

Literatur

- Fiehler, Fritz (2000): Genesis der nachklassischen Geld- und Einkommenstheorie. Das Smith'sche Dogma und der Richtungswandel in der politischen Ökonomie. In: Beiträge zur Marx-Engels-Forschung Neue Folge 1999. Hamburg: Argument, S. 197-211.
- Flassbeck, Heiner / Steinhardt, Paul (2018a): Gescheiterte Globalisierung. Ungleichheit, Geld und die Renaissance des Staates. Berlin: Suhrkamp.
- Flassbeck, Heiner / Steinhardt, Paul (2018b): Ach Europa! Warum die Friedensnobelpreisträgerin in der Krise steckt. Wiesbaden: Makroskop Mediengesellschaft.
- Goldscheid, Rudolf (1976): Staat, öffentlicher Haushalt und Gesellschaft. In: Hickel, Rudolf (Hrsg.): Die Finanzkrise des Steuerstaats. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 253-316.
- Krüger, Stephan (2010): Allgemeine Theorie der Kapitalakkumulation. Darin: Kritik der Kreislauftheorie (Sozialprodukts-Konzept). Hamburg: VSA, S. 230-242.
- Lefebvre, Henri (1972): Das Alltagsleben in der modernen Welt. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Marx, Karl (1983): Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. MEW 42. Berlin: Dietz. [Dazu Müller, Horst: Best of Karl Marx. Aufruf: https://www.praxisphilosophie.de/mueller_grundrisse_exzerpte.pdf]
- Marx, Karl (1965): Theorien über den Mehrwert. MEW 26.1. Berlin (DDR): Dietz.
- Maxton, Graeme (2018): Change! Warum wir eine radikale Wende brauchen. München/Grünwald, Komplet-Media.

Müller, Horst (2015): Das Konzept PRAXIS im 21. Jahrhundert. Karl Marx und die Praxisdenker, das Praxiskonzept in der Übergangsperiode und die latent existierende Systemalternative. Norderstedt, Books on Demand. Nähere Informationen unter:

https://www.praxisphilosophie.de/das_konzept_praxis_im_21_jhd.pdf

Müller, Horst (2018): Die Besteuerung des Kapitals und die sozial-ökonomischen Infrastrukturen als Schlüssel einer Politik des Sozialen und gesellschaftlicher Emanzipation. In: Zeitschrift Widersprüche Nr. 150-2018, S. 53-68. Münster: Westfälisches Dampfboot.

O'Connor, James (1974): Die Finanzkrise des Staates. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Piketty, Thomas (2014): Das Kapital im 21. Jahrhundert. München: C.H. Beck.

Polanyi, Karl (1997): The Great Transformation. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Schumpeter, Joseph (1976): Die Krise des Steuerstaats. In: Hickel, Rudolf (Hrsg.): Die Finanzkrise des Steuerstaats. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 329-379.

Smith, Richard (2016): Green Capitalism. The God that Failed. College publications: WEA Economics series.

Steinhardt, Paul (2017): Schlachtfeld öffentliche Daseinsvorsorge. In: Makroskop am 21.12.2017. <https://makroskop.eu/2017/12/schlachtfeld-oeffentliche-daseinsvorsorge>

Streeck, Wolfgang (2013): Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Berlin: Suhrkamp.

Van Laak (2018): Alles im Fluss. Die Lebensadern unserer Gesellschaft. S. Fischer, Frankfurt am Main.

Wahl, Peter (2017): **Die Linke, der Nationalstaat und der Internationalismus**. Theorieblog von attac Deutschland, am 10. Februar 2017. Aufruf:

<http://theorieblog.attac.de/2017/02/die-linke-der-nationalstaat-und-der-internationalismus>

Wallerstein, Immanuel (2002): Utopistik. Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts. Wien: Promedia.

Kurzfassung von:

Müller, Horst: **Die neoliberale Globalisierung und Ideen für eine neue Ökonomik**. Zu Heiner Flassbeck und Paul Steinhardt: Gescheiterte Globalisierung – Ungleichheit, Geld und die Renaissance des Staates. Beitrag zur PRAXIS Diskussion 2 (2019). Aufruf

https://www.praxisphilosophie.de/neoliberale_globalisierung_und_neue_oekonomik.pdf

Nürnberg, im März 2019